



G7 Gipfel: Auslaufen von fossilen Energien beschließen und Klimarisikoschutz für Entwicklungsländer starten!

G7 Gipfel: Auslaufen von fossilen Energien beschließen und Klimarisikoschutz für Entwicklungsländer starten!

Appell von Umwelt- und kirchlichen Entwicklungsorganisationen an die führenden Industriestaaten
Unmittelbar vor dem letzten Vorbereitungstreffen für den G7 Gipfel im bayrischen Elmau appelliert die transform-Initiative von Umwelt- und Entwicklungsverbänden an die führenden Industrienationen, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern für die G7-Staaten bis zur Jahrhundertmitte zum gemeinsamen Projekt zu machen. Dafür müsse der Gipfel als Langfristziel beschließen, die Emissionen aus Öl, Kohle und Gas bis 2050 durch erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf null zu reduzieren und die Subventionen für fossile Energieträger in den G7 Staaten zu beenden. Um ihre Bevölkerung, Wirtschaft und Infrastruktur vor den Risiken des Klimawandels zu schützen und auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien umzustellen, sollten besonders betroffene Staaten Unterstützung der G7 erhalten. In ihrem Abschlusskommuniqué sollten die G7-Staaten zudem die Umsetzung der bereits in Kopenhagen zugesagten Mobilisierung von zusätzlich 100 Mrd. US-Dollar jährlich bekräftigen sowie einen klaren Plan vorlegen, über welche Etappen dieses Ziel bis 2020 erreicht werden kann.
"Ein klares Enddatum für fossile Energien und verlässliche Zusagen für vom Klimawandel betroffene Länder sind zwei unerlässliche Bedingungen, wenn die globale Erwärmung deutlich unter zwei Grad begrenzt und die schlimmsten Klimarisiken eingedämmt werden sollen", sagt Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace.
Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Politik und globale Zukunftsfragen bei MISEREOR ergänzt: "Wir erleben heute schon, was der Klimawandel für die ärmsten Menschen bedeutet. Ohne rasche Umstellung auf erneuerbare Energien wird die dann drohende Erderwärmung um mindestens 4 Grad Celsius katastrophale Folgen gerade für diese Menschen haben."
Die Impulse der G7-Staaten für den internationalen Klimaschutz dürften nicht allein auf den UN-Prozess beschränkt bleiben. Vielmehr fordert transform von den G7-Staaten ein klares Signal, dass der globale Transformationsprozess auch über die UN-Verhandlungen hinaus durch sehr konkrete Projekte und Initiativen beschleunigt wird. "Die G7 sollten anerkennen, dass die Ergebnisse von Paris nicht die Oberkante, sondern die Basis der notwendigen Anstrengungen im Klimaschutz sein werden. Der Start weitergehender konkreter Initiativen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, um die Verbrennung der fossilen Energieträger drastisch zu reduzieren, stärkt das gegenseitige Vertrauen", unterstreicht Regine Günther, Leiterin Klima und Energie der Umweltstiftung WWF.
"Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es nun in der Hand. Sie muss dringend aus ihrer Deckung kommen und sich deutlicher als beim Petersberger Klimadialog zum nationalen Klimaschutz bekennen. Ihre Unterstützung zur Reduktion des Kohlestroms insbesondere aus alten Braunkohlekraftwerken vor 2020 muss sie öffentlich deutlich machen. Damit würde sie in Elmau einen wichtigen Schritt gehen, dem andere möglicherweise folgen", sagt Antje von Broock, Leiterin Klima und Energie beim BUND.
"Wir sind die erste Generation, die extreme Armut beenden und die letzte Generation, die katastrophale Folgen des Klimawandels vermeiden kann", sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. "Von der G7 brauchen wir ein klares Signal für den Ausstieg aus fossilen Energien und den Umstieg auf Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bis 2050".
Klaus Seitz, Leiter der Abteilung Politik von Brot für die Welt, ergänzt: "Die G7 haben es in der Hand, ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern gerecht zu werden, indem sie dort den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Schutz gegen Klimaextreme finanziell und technologisch unterstützen. Die deutsche Initiative für den Ausbau von Klimarisikoversicherungen ist ein guter Schritt, dem nun die Verdoppelung der Klimafinanzierung bis 2018 folgen muss." Dabei müsse beachtet werden, dass die ärmsten und besonders verletzlichen Menschen sich in der Regel die notwendige Versicherungsprämie nicht leisten könnten. Es bedürfe hier also der Kombination von Versicherungsansätzen mit öffentlichen Mitteln. Sinnvoll seien diese Instrumente außerdem nur, wenn sie in eine wirkungsvolle Gesamtstrategie der Anpassung und Bewältigung der Schäden eingebettet würden.
"Transform - Initiative für ökologische und gerechte Entwicklung" ist eine Initiative von Brot für die Welt, BUND, Misereor, Germanwatch, Greenpeace und WWF.

Sylvia Ratzlaff
Pressesprecherin
Spokesperson
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 18
10117 Berlin
Tel.: +49 30 311 777 - 467
Mobil: 0151 188 54 846
Fax.: +49 30 311 777 - 622
mailto:sylvia.ratzlaff@wwf.de
 http://www.twitter.com/wwf_deutschland

Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten

Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientiert arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen ? mehr als je zuvor ? haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betrugen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.